

Balance

Parkbad Nord

Der Erhalt in öffentlich rechtlicher Trägerschaft und die Sanierung des Parkbades Nord im Bestand wird von allen Fraktionen (Ausnahme FDP) getragen. Es gab nie einen politischen Beschluss zur Schließung des Bades!

Die FWI setzt sich vehement dafür ein, das Parkbad Nord und die umliegenden Grünflächen für Ickern zu erhalten.

Parkraumbewirtschaftung

Das derzeitige gültige Konzept wurde von FWI/SPD erarbeitet und mehrheitlich beschlossen, zur Zufriedenheit des Citymanagers. Es soll im nächsten Jahr betriebswirtschaftlich und organisatorisch überprüft und überarbeitet werden. Das Ziel der FWI ist, abgesehen von einem gebührenpflichtigen Kernbereich um den Altstadtmarkt, eine stadtweit einheitliche, gebührenfreie Parkscheibenregelung.

2. Realschule

Die Entscheidung für eine 2. Realschule und die gleichzeitige Renovierung der FNR beschloss die Mehrheit von CDU/FWI. Die FWI hat den Bau einer zweiten Realschule als erste (1990) gefordert und steht fest zu dieser Entscheidung, während die SPD schon ankündigt, diese Entscheidung rückgängig zu machen und lieber eine dritte Gesamtschule errichten zu wollen.

Krematorium Rauxel

Die Errichtung eines privaten Krematoriums in Rauxel wurde mit den Stimmen von SPD/FWI verhindert.

Kreisangelegenheiten/Kreisumlage

In allen Kreisangelegenheiten war sich in der vergangenen Wahlperiode die große Koalition SPD/CDU weitgehend einig. Sie

Vertrauen

lehnten eine von der FWI vorgelegte Resolution zu Sparmaßnahmen im Kreis- und Landschaftsverbandshaushalt ab. Allein der Personalbestand des Kreises ist laut einem externen Gutachter mit 100 Stellen überbesetzt. Wer mit einem Umlagehaushalt arbeitet, denkt nicht ans Sparen und bleibt weiter auf seinem Vermögen sitzen, zum Schaden der Städte. Wir fordern seit langem, ein **Haushaltskonsolidierungskonzept des Kreises Recklinghausen vorzulegen!**

Die FWI hat sich nach der Kommunalwahl nicht in einem Koalitionsbett ausgeruht, sondern mit Sachverstand, Ideen, Beharrlichkeit und Entscheidungskompetenz frischen Wind in eine nach über 40-jähriger SPD-Dominanz einfallslose Kommunalpolitik eingebracht. Sie wird diesen Weg **mit Hilfe Ihrer Stimmen** auch in Zukunft weiter gehen, unabhängig und sachorientiert entscheiden und sich um Ihre Sorgen kümmern. Dass die FWI hartnäckig und unbequem im Sinne der **>>Bürger für Bürgerinteressen<<** dafür alle ihr zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel einsetzen wird, hat sie nicht zuletzt durch die langwierigen und aufwendigen Gebührenprozesse bewiesen.

Kommunal: ~~F~~ ~~W~~ ~~I~~

V.i.S.d.P.: FWI >>Bürger für Bürgerinteressen<<

Postfach 101306

44543 Castrop-Rauxel

Geschäftsstelle: Bodelschwinger Str. 35

44577 Castrop-Rauxel

Geschäftszeiten: Mo. Von 18 – 22 Uhr

Tel./Fax/AB: (02305) 542569

e-mail: post@fwi.de

Internet:

www.fwi-cas.de



FÜR IHRE INTERESSEN DA

Castrop - Rauxel

Erinnern
Urteilen
Wählen

Am 26.
September

Unverzichtbar !

Ihre Stimme zur Kommunalwahl !

Erinnern

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach der Kommunalwahl 1999 ergaben sich neue Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt. Eine absolute Mehrheit erreichten weder SPD noch CDU. Alle seit 1999 getroffenen politischen Entscheidungen basieren daher auf **wechselnden Mehrheiten - CDU/SPD, CDU/FWI oder SPD/FWI**. So ist es äußerst verwunderlich, dass die CDU und Ihr Bürgermeister sich vielerlei „guter Taten rühmen“, obwohl sie diese allein gar nicht bewerkstelligen konnten. Auch die SPD, die im Wahlkampf alles „verteufelt“ und natürlich besser gemacht hätte, muss sich an die eigene Nase fassen.

Erinnern sie sich ?

Nach der verlorenen Wahl 1999 verteilten **CDU/SPD** mit einer gemeinsamen Liste Posten und Pfründe unter sich auf. Die SPD gab sogar mit ihren Stimmen der CDU im Haupt- und Finanzausschuss die absolute Mehrheit. Die ersten Haushalte verabschiedete man ebenfalls in trauter Einstimmigkeit. Selbst beim **Debakel zur Abwassergebühren-Erstattung** aufgrund der **FWI** - Klagen übte man bis zum Schluss noch den engen Schulterchluss. Bei der entscheidenden Abstimmung zur Abwicklung der Gebührenrückerstattungen verließ die SPD sogar den Ratssaal !

Flächennutzungsplanänderungen,

zusätzliche Gewerbeflächen von u.a. 40 ha im Grünland nördlich der A2 in Henrichsburg wollten der BM und die CDU ausweisen – diese und andere Gewerbeflächen auf der „Grünen Wiese“ vereitelte die **FWI/SPD** Mehrheit. Zur Zeit

Urteilen

verfügen wir u.E. über **ausreichende Gewerbeflächen** in Castrop-Rauxel.

Grundstücksverkäufe

Europaplatz (Ayurveda Klinik) und Sportplatz Schillerstr. (Altenheim) wurden mit **CDU/SPD** Mehrheit weit unter Wert verkauft, u.E. 2 Mio. €, die an jeder Ecke fehlen. Wir protestierten vehement, aber der CDU-Regierungspräsident beanstandete den Beschluss nicht.

Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Das HSK der Stadt Castrop-Rauxel, das in 2004 als einziges im Kreis Recklinghausen genehmigt wurde, beschlossen **CDU/FWI**. Darin enthalten ist z.B. die Verkleinerung des Rates auf 46 Mitglieder. Einsparung 120 000 € in der nächsten Wahlperiode – ein kleines aber wichtiges Zeichen, wie wir meinen - gegen die SPD Stimmen!

Die Haushalte der letzten 2 Jahre waren von drastischen Einnahmeausfällen geprägt. Es ist mit der **CDU/FWI** Mehrheit gelungen -ohne zusätzliche Belastungen der Bürger durch höhere Gebühren, Abgaben und Steuern- diese Einnahmerückgänge aufzufangen. Im Jahr 2001 konnte die erstrittene Gebührenrückzahlung an die Bürger finanziert und komplett ausgezahlt werden.

Zitate aus den Haushaltreden 2003/4:

„Die **FWI** will dazu beitragen, den Haushalt zu **konsolidieren**. Wir wollen dabei mit **Augenmaß** vorgehen, und die **Balance** zwischen den einzelnen, zugegeben auch drastischen Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen, wahren. Das Alles was wir beschließen müssen, ist sicher nicht bequem, nicht schmerzlos und wir weichen auch keinen unpopulären

Wählen

Entscheidungen aus – auch nicht in Anbetracht der anstehenden Kommunalwahlen.

Die **FWI** -Fraktion ist der Überzeugung, dass die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen, Kürzungen und Streichungen, von der Standardreduzierung bis hin zu Organisationsmaßnahmen in der Verwaltung, die erforderlichen Grundstrukturen der städtischen Infrastruktur - und dazu gehört für uns auch die soziale Infrastruktur - zwar einschränken aber in ihrer Gesamtheit keinesfalls gefährden. Wir sind der Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger es honorieren werden, dass auch in dieser sehr harten finanzpolitischen Auseinandersetzung die Mehrheit des Rates aus **CDU/FWI keine weiteren Belastungen der Bürger durch höhere Gebühren, Abgaben und Steuern** beschließen wird. Was übrigens über die gesamte laufende Wahlperiode gelungen ist.

Die **FWI** zeigt damit Flagge auch im Abwägen von Gesamtinteressen und Einzelinteressen. Wir sind der Meinung, dass bei der dramatischen Finanzlage die Politik von allen Empfängern kommunaler Gelder, Zuschüssen und Leistungen Einschränkungen und Sparanstrengungen verlangen kann und muss, bevor sie die Bürger weiter belastet. Es ist nicht die Zeit für populistische Sprüche und Pressemitteilungen der SPD – wie z.B. „Kahlschlag in Ickern“, damit gewinnt man keinen Blumentopf mehr - insbesondere dann nicht, wenn die SPD auf Bundes- und Landesebene einen ganzen Wald abholzt, während hier nur einzelne Bäume einen Verjüngungsschnitt erhalten sollen....“